

## Upgrade für die Ausbildung

Im September beginnen rund 530 000 junge Menschen ihre Ausbildung. Gerade im Bereich Digitalisierung und Automatisierung ist in vielen Ausbildungsberufen noch Luft nach oben, wie der Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeigt.

Die Arbeitswelt 4.0 braucht eine Ausbildung 4.0, die junge Menschen optimal auf ihr digitalisiertes Berufsleben vorbereitet. Dass es bis dahin noch ein weiter Weg ist, zeigen die Zahlen des diesjährigen Ausbildungsreports, für den 16 181 Auszubildende befragt wurden.

Zwar geben rund 80 Prozent der Befragten an, dass Digitalisierung und Automatisierung in ihrer Ausbildung wichtig oder sehr wichtig sind. Doch nur 54 Prozent der Jugendlichen sehen sich während ihrer Ausbildung gezielt auf die Nutzung digitaler Technologien vorbereitet. Ein knappes Drittel (29,7) Prozent fühlt sich durch die Ausbildung (eher) nicht fit für die digitalisierte Arbeitswelt. Besonders frappierend: Während im ersten Lehrjahr noch mehr als drei Viertel der Auszubil-

denden optimistisch sind, was ihre die Vorbereitung auf die digitale Arbeitswelt angeht, sind es im 4. Lehrjahr nur noch 60 Prozent. Die DGB-Bundesjugendsekretärin Manuela Conte kritisiert: „Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen der generellen Bedeutung, die der Digitalisierung beigemessen wird, und den Anstrengungen, die Jugendlichen gezielt in diesem Bereich zu qualifizieren“.

Der Ausbildungsreport zeigt, dass die Azubis fit sein wollen für die technischen Veränderungen, die sie im Berufsleben erwarten. Die DGB-Jugend fordert, dass sie dafür geschult werden. Die notwendige Medienkompetenz müsse in Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben vermittelt und die Lernorte dementsprechend mit digitalen Medien und mehr Fachpersonal ausgerüstet werden. Das dafür notwendige Geld solle aus dem „Digitalpakt Schule“ der Bundesregierung kommen. Überdies fordert die DGB-Jugend, die Ausbildungsinhalte schnell an die neuen digitalen Gegebenheiten anzupassen – unter Mitarbeit der Gewerkschaften.

„Unser Report zeigt, dass die Berufsausbildung modernisiert werden muss. Der vorliegende Gesetzentwurf zur Reform Berufsbildungsgesetzes reicht da bei weitem noch nicht“, sagt Conte. Zwar ist die schon lange vom DGB geforderte Mindestausbildungsvergütung darin vorgesehen, andere Punkte fehlen jedoch: Die DGB-Jugend fordert, die Rückkehrpflicht in den Betrieb nach der Berufsschule abzuschaffen, die Azubis zu Prüfungsvorbereitung freizustellen und die Ausbildung kostenfrei zu gestalten – auch was die Ausstattung mit Laptops, Tablets und anderen mobilen Geräten angeht. Außerdem sollte das Gesetz auch für das Duale Studium gelten, das immer mehr Jugendliche absolvieren. Für zweijährige Berufsausbildungen sollte ein verbindlicher Wechsel in eine dreijährige Ausbildung geregelt sein.

### Schlachtindustrie im Fokus

Eine Initiative aus Gewerkschaften, Kirchen und Privatpersonen kämpft für bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie.

**SEITEN 2-3**

### Frank Bsirske im Interview

Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress wird Frank Bsirske nicht wieder für den Vorsitz kandidieren. Im *einblick*-Interview blickt er auf 18 Jahre als Vorsitzender zurück.

**SEITE 5**

### Digital und solidarisch

Der digitale Wandel braucht Solidarität und das Bewusstsein, dass wir ihn als Gesellschaft gemeinsam gestalten müssen, meint die Ökonomin Lisa Herzog.

**SEITE 7**

## AUSBILDUNGSREPORT

### Besser mit Betriebsrat

Anteil der Auszubildenden, die sich durch die Ausbildung auf die Anforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt gut vorbereitet fühlen (in Prozent).

mit Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)

**79,0**

mit Betriebs-/Personalrat

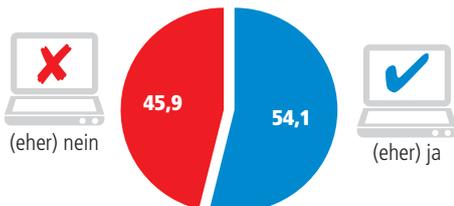
**71,9**

ohne Interessenvertretung

**64,7**

Quelle: Ausbildungsreport 2019, DGB-Jugend  
09/2019 / CC BY 4.0

**Nur die Hälfte gezielt qualifiziert**  
Anteil der Auszubildenden, der für die Nutzung digitaler Technologien (nicht) gezielt qualifiziert wird (in Prozent)



Quelle: Ausbildungsreport 2019, DGB-Jugend © DGB-einblick 09/2019 / CC BY 4.0

**Obwohl knapp 80 Prozent der Jugendlichen angeben, dass die Digitalisierung in ihrem Ausbildungsberuf sehr wichtig oder wichtig ist, wird gerade einmal die Hälfte von ihnen diesbezüglich gezielt geschult.**



### EINBLICK IM INTERNET

Aktuelle News gibt es auf der einblick-Internetseite:  
[www.dgb.de/einblick](http://www.dgb.de/einblick)





# Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie

Seit Jahren kritisieren Gewerkschaften die schlechten Arbeitsbedingungen in der Schlachtbranche. Jetzt starten sie in einer Initiative mit Kirchen und Privatpersonen durch.

Irrendwann hatte Susanne Uhl, Geschäftsführerin der DGB-Region Schleswig-Holstein Nordwest, die Faxen dicke. Immer wieder hat die Gewerkschafterin an der Seite der NGG in den vergangenen Jahren die Betreiber der drei großen Schlachthöfe in Schleswig-Holstein auf Missstände angesprochen. Darauf, dass vor allem die Werkvertragsmitarbeiter, meist Rumänen, zu lange arbeiten. Dass sie nicht genug Pausen haben. Dass sie zu schlecht bezahlt werden. Dass man sie bei den Unterkünften abzockt mit viel zu hohen Mieten. „Dann hat sich immer mal wieder was kurzfristig geändert, für ein paar Wochen“, erzählt sie. „Und dann ging es wieder von vorne los.“

Also suchte sich Uhl Verbündete. Seit dem vergangenen Jahr arbeiten nun nicht mehr nur Gewerkschaften zu dem Thema, sondern auch die örtliche evangelische und katholische Kirche und Privatpersonen – und die Initiative hat im Juni bundesweit zu einem Treffen eingeladen. „Kirche ist immer vor Ort, und ein zivilgesellschaftlicher Akteur. Wenn Kirche dabei ist, verschafft das eine andere Aufmerksamkeit“, sagt Heike Riemann vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt der Nordkirche. Man wolle Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Riemann ist sich sicher: „Das Netzwerk wird wachsen, das ist nicht zu stoppen.“

Die Initiative gibt es, weil alle bisherigen Maßnahmen von Bundesregierung und Fleischwirtschaft laut Gewerkschaften nicht fruchteten: 2014 gab es den Verhaltenskodex, mit dem die Branche zusicherte, soziale Standards einzuhalten. 2015 verkündete der Verband der Ernäh-

rungswirtschaft die Selbstverpflichtung, in der sie versprochen, mehr Mitarbeiter direkt anzustellen statt sich auf Subunternehmer mit Werkverträgen zu verlassen. 2017 beschloss der Bundestag das „Gesetz zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte in der Fleischwirtschaft“, kurz GSA Fleisch.

Und doch erzählen die rumänischen Mitarbeiter in Beratungsgesprächen von Tricks, wie Arbeitszeiten runtergerechnet werden können. Sie zeigen den Schmutz und die Enge in den Unterkünften und klagen über Mieten wie 300 Euro für ein Bett. „Das sind keine Einzelfälle, das hat Methode“, sagt Riemann.

Und es wird zu wenig kontrolliert. Der Zoll in Itzehoe, zuständig aber unterbesetzt, verteidigt sich: Ziel sei „nicht die Maximierung der Zahl der Kontrollen, sondern möglichst in besonders von Schwarzarbeit betroffenen Bereichen zu prüfen und die großen Betrugsfälle aufzudecken“. Und: Je umfangreicher Kontrollen ausfielen, „desto weniger Prüfungen können in Summe durchgeführt werden“. Mit anderen Worten: Wir tun, was wir können, aber mehr geht nicht. Der DGB fordert seit Jahren, dass die Stellen für Kontrollen kräftig aufgestockt werden.

Die Initiative hat in ihrer Abschlusserklärung zu ihrem bundesweiten Workshop deswegen mehrere Forderungen beschlossen. Darunter: „Wir wollen, dass ein Jahr lang eine Abordnung von Arbeitsschutzexperten vor Ort im Schlachthof ist“, sagt Uhl. Die Experten sollen überwachen, dass Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze eingehalten werden. Außerdem soll der Bund gesetzlich

die Werkverträge in den Schlachthöfen eindämmen – derzeit seien häufig über die Hälfte aller Beschäftigten über Subunternehmen angestellt.

Über die Missstände ist die Initiative mit den Schlachthofbetreibern an mehreren Standorten im Gespräch. Der Tönnies-Konzern, einer der größten Schlachthofbetreiber in Deutschland mit 16.500 Mitarbeitern, davon nach eigenen Angaben die Hälfte als Werkvertragsbeschäftigte, sieht keinen Bedarf für weitere Kontrollen. Man erlebe ständig Kontrollen, sowohl angemeldet als auch unangemeldet, sagt Justitiar Martin Bocklage. „Eine weitere Stelle im Betrieb ist aus unserer Sicht nicht notwendig“. Die Situation der Beschäftigten sei ihnen keineswegs egal. Man arbeite an Verbesserungen, „aber die Bedingungen sind aus unserer Sicht weder prekär, noch so wie geschildert.“ Da werde „viel dramatisiert“. Der Konzern könne sich illegale Dinge gar nicht leisten. „Diejenigen, die uns öffentlich kritisieren, sind häufig ehemalige Mitarbeiter, die ihre Arbeit wegen Streitereien oder Alkohol am Arbeitsplatz verloren haben.“

Die Landesregierung in Schleswig-Holstein sieht das anders. Ein Bericht vom Juni, der sich mit den Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung auseinandersetzt, zieht folgendes Fazit: Auch wenn es Betriebe gebe, die sich an die Standards des Arbeits- und Sozialrechts hielten, sei es „unbestreitbar“, dass „Missstände weiterhin vorhanden sind“. Für die Initiative der Gewerkschaften, Kirchen und Privatpersonen ist klar, dass sie weitermacht. „2020 gibt es wieder eine Konferenz geben“, sagt Riemann.

## UM DEN HEISSEN BREI HERUM

Die Situation in der Fleischbranche hat Grünen und Linken im Bundestag in den vergangenen Monaten keine Ruhe gelassen. Beide Oppositionsparteien haben die Bundesregierung hartnäckig zu Fortschritten befragt, die Grünen im Dezember 2018 (Drucksache 19/6323), die Linken im Juli 2019 (Drucksache 19/11441). In zentralen Fragen werden aber bis heute offenbar keine Daten erhoben. So gibt es, obwohl die ungleiche Bezahlung zwischen fest angestellten

Mitarbeitern, Leiharbeitern, Werkvertragsmitarbeitern und Beschäftigten bei Subunternehmen in der Branche öffentlich immer wieder Thema sind, keine differenzierten Daten zu deren Stundenlöhnen.

Auch zur Wohnsituation und Arbeitsbedingungen von Entsandten lägen „keine weitergehenden Kenntnisse“ vor. Die Wohnsituation sei zudem nicht Bestandteil der Selbstverpflichtung der Branche, heißt es. Allerdings habe die Fleischwirtschaft

sich zu sozialen Standards, insbesondere bei der Unterbringung, in einem Verhaltenskodex verpflichtet. Dass es trotz Selbstverpflichtung und Kodex immer wieder Berichte über Ausbeutung, Abzocke, Sozialversicherungsbetrug gibt, bleibt ein offener Widerspruch. Zuletzt deckte der Zoll im März 2019 einen Sozialversicherungsbetrug mit 2000 polnischen Arbeitnehmern auf, die auf deutschen Schlachthöfen arbeiteten und weder in Deutschland, noch in Polen versichert waren.

Befragt nach der Wirksamkeit des GSA-Gesetzes (siehe Text) schreibt die Regierung, dass es das Gesetz gibt, es also auch den Arbeitnehmerschutz stärkt – qua Existenz sozusagen. Befragt zum Thema Videoüberwachung in Schlachthöfen heißt es, dazu lägen keine Informationen vor – obwohl der Bundesrat die (freiwillige) Installation der Kameras im Februar bewilligt hat. Aufschlussreich sind allerdings viele Tabellen, die den Antworten beigefügt sind (siehe Seite 3).

# Schlachtindustrie in Deutschland

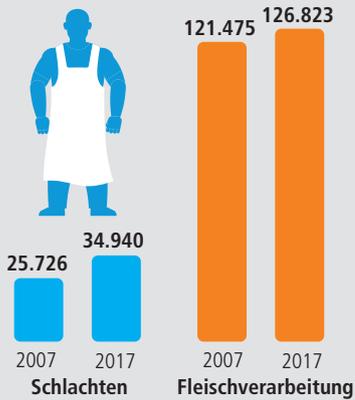
Die deutsche Fleischindustrie ist immer wieder in den Schlagzeilen. Selten geht es dabei um positive Nachrichten. Doch wie viele Menschen arbeiten eigentlich in den Schlachthöfen? Wo liegen die größten Betriebe? Und: Wie viele Tiere werden jedes Jahr zu Wurst, Schnitzel und Co. verarbeitet?

## Schweineschlächter in Deutschland

Die zehn größten Schweineschlachtbetriebe 2018  
(Marktanteile in Prozent)

## Regulär Beschäftigte

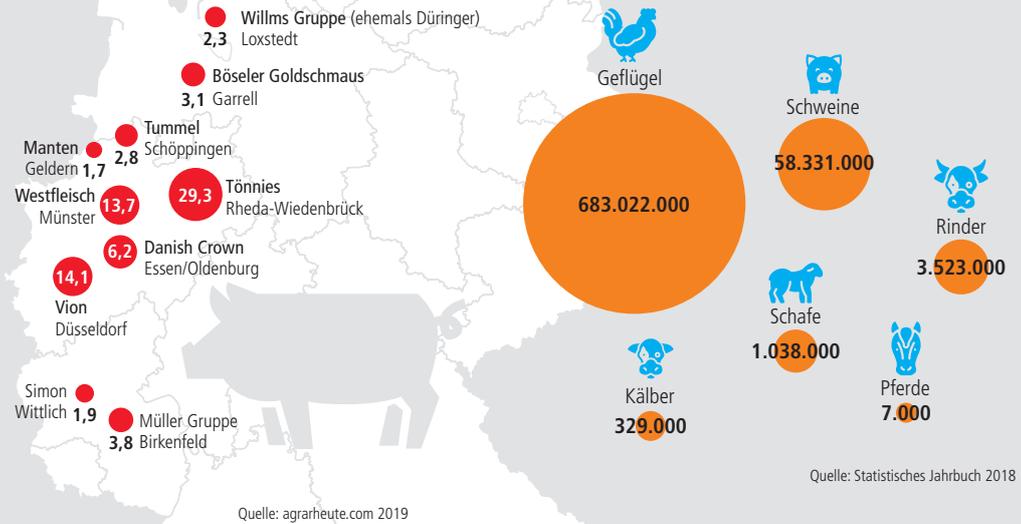
Sozialversicherte Beschäftigung\*  
in der Fleischindustrie



\* ohne Werkverträge und Leiharbeit  
Quelle: Deutscher Bundestag 2019 / Drucksache 19/6323

## Geschlachtete Tiere

Anzahl gewerblich geschlachteter Tiere 2017



## Allgemeiner Mindestlohn

In der Fleischindustrie gilt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn\* als unterste Haltelinie von aktuell



\* Es gibt keine Zahlen, wie viele Beschäftigte in der Branche nach dem Mindestlohn bezahlt werden  
Quelle: dgb.de

## Werkverträge: Keine Datenbasis

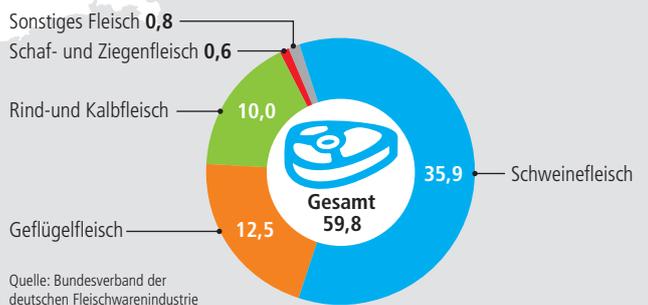
Anteil von Werkverträgen in der Fleischindustrie\*



\* Leider liegen keine Zahlen zu den WerkvertragsnehmerInnen in der Branche vor. Gewerkschaften und verschiedene Parteien fordern dringend eine Evaluierung.

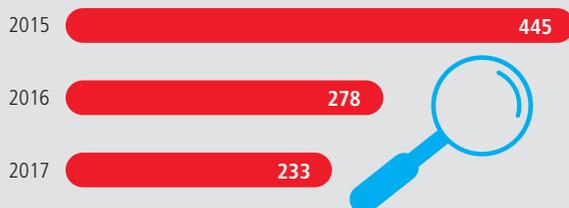
## Kotelett, Schnitzel und Co.

Fleischverzehr 2017 pro Kopf (in Kilogramm)



## Kontrollen auf dem Schlachthof

Arbeitgeberprüfungen in der Fleischwirtschaft\* durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FSK)



\* Fleischindustrie, Fleischverarbeitung, Groß- und Einzelhandel  
Quelle: Deutscher Bundestag 2019 / Drucksache 19/6323

## Bußgelder und Freiheitsstrafen

Straf- und Bußgeldverfahren in der Fleischwirtschaft\*



\* Fleischindustrie, Fleischverarbeitung, Groß- und Einzelhandel  
Quelle: Deutscher Bundestag 2019 / Drucksache 19/6323

## FRIDAYS FOR FUTURE UND DGB TEILEN FORDERUNGEN

Seit die Schwedin Greta Thunberg ihren Klimastreik vor rund einem Jahr begann, gehen wöchentlich viele Tausend Jugendliche bundesweit auf die Straße, um für dringende klimapolitische Maßnahmen zu demonstrieren. Für den 20. September ruft die Fridays for Future-Bewegung (FFF) zum globalen Klimastreik auf, um für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu demonstrieren. Für den DGB ist klar: Die Politik muss beim Klimaschutz aufs Tempo drücken. Diese Forderung von FFF teilt der DGB, denn auf einem toten Planeten kann es keine Arbeitsplätze geben.

Gewerkschaften und DGB befinden sich in Gesprächen mit FFF. „Wer sich mit demokratischen Mitteln für seine politischen Ziele einsetzt und für mehr Klimaschutz demonstriert, verdient Respekt und hat unsere Unterstützung“, heißt es in der DGB-Erklärung. Gewerkschaften können nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zu Streiks aufrufen. ArbeitnehmerInnen, die an FFF-Demonstrationen teilnehmen wollen, sollten das geltende Arbeitsrecht beachten und sich für diese Zeit freinehmen.

[www.dgb.de/-/ZYW](http://www.dgb.de/-/ZYW)



### Tipp

#### STUDIENGÄNGE STARTEN

Im September und Januar starten an der gewerkschaftlichen Academy of Labour (AoL) neue Studiengänge. Der Bachelor „Personal und Recht“ und der Studiengang Beteiligungsmanagement. Die AoL wurde 2015 gegründet. Gemeinsam mit der Europäischen Akademie der Arbeit (EAdA) bildet die AoL das House of Labour in Frankfurt am Main.

[www.house-of-labour.de](http://www.house-of-labour.de)

# 70 Jahre DGB

Der DGB feiert im Oktober 2019 sein 70-jähriges Bestehen. Wir stellen einige der 14 Frauen vor, die im Oktober 1949 beim Gründungskongress dabei waren.



Liesel Kipp-Kaule, 1906 – 1992, war gelernte Näherin und bis 1933 Betriebsrätin. Während der Nazi-Diktatur entging sie der Verhaftung durch die Gestapo. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute sie die Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder in der Britischen Zone mit auf und wurde 1947 als einzige Frau in den Vorstand des DGB für die Britische Zone gewählt. Von 1949 bis 1963 war sie Mitglied im Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung.

## KLIMAKRISE: DGB UND BUND FÜR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Heiß, heiß, Juli 2019 – der Monat war der heißeste Monat, seitdem das Wetter aufgezeichnet wird. Die Belastungsgrenze der Erde ist fast erreicht, die Klimakrise ist längst da. Der DGB und der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) fordern in einem gemeinsamen Debattenbeitrag ein grundsätzliches Umdenken in der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die Gesellschaft nach sozial-ökologischen Aspekten umzubauen. Soziale und ökologische Belange dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern das Wirtschaftssystem müsse so ausgerichtet werden, dass es europaweit gute Arbeit schafft – und die natürlichen Grenzen des Planeten respektiert.

In dem Papier „Beschäftigung und Umwelt gehen Hand in Hand – mutige statt marktgläubige Politik“,

rufen DGB und BUND Beschäftigte und Umweltbewegte zum Dialog und zum verstärkten Miteinander auf. Ziel beider Organisationen sei es, detaillierte Forderungen für eine sozial-ökologische Wirtschaftswende zu formulieren. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann erklärte Mitte Juli in Berlin: „Eine mutige Politik bringt ambitionierten Klimaschutz, gute Arbeit und gerecht verteilten Wohlstand zusammen“. Soziale Verwerfungen, abgehängte Regionen und zurückgelassene Beschäftigte dürfe es nicht geben. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND, erklärte Mitte Juli in Berlin: „Gewinninteressen von Unternehmen dürfen nicht vor die Interessen der Menschen und der Umwelt gestellt werden“.

[www.dgb.de/-/ZFK](http://www.dgb.de/-/ZFK)

#### Hashtag des Monats

## # housingforall

Die Europäische Bürgerinitiative „housing for all“, die der DGB unterstützt, fordert die EU-Kommission auf, bessere gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, um bezahlbares Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen. Hier kann man unterzeichnen: [www.housingforall.eu](http://www.housingforall.eu)

# „Sie haben unsere Entschlossenheit unterschätzt“

Ende September tritt der ver.di-Bundeskongress in Leipzig zusammen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske wird nicht zur Wiederwahl antreten. Im einblick-Interview blickt er zurück auf 18 Jahre Gewerkschaftsvorsitz, und nach vorne auf die Digitalisierung, Klimawandel und aktuelle gewerkschaftliche Baustellen.

## Wie lautet Deine Bilanz nach 18 Jahren als ver.di-Vorsitzender?

Als wir ver.di gegründet haben, stand der Gedanke Pate, alte Konkurrenzen zu überwinden, Kräfte zu bündeln, voneinander zu lernen und die jeweiligen Stärken für alle nutzbar zu machen. Das ist gelungen. ver.di ist heute die starke Dienstleistungsgewerkschaft in Deutschland.

## Welche Situation war die herausforderndste in all den Jahren?

In der Rückschau für ver.di wie für die DGB-Gewerkschaften insgesamt, die Hochzeit der Agenda-Politik und die damit einhergehende offen gewerkschaftsfeindliche Stimmungsmache. Die Frankfurter Rundschau hat die Atmosphäre seinerzeit mit einer Karikatur treffend pointiert: Diese zeigte zwei Kinder im Sandkasten sitzend, von denen das eine bitterlich weinte und auf die Frage seiner Mutter, was denn passiert sei, auf das andere Kind zeigend, antwortete: „Der hat Gewerkschafter zu mir gesagt.“ Eine große deutsche Wochenzeitung schrieb: „Wenn es die Gewerkschaften nicht biegen, muss man sie brechen.“ Die großen DGB-Gewerkschaften wurden als Fossile hingestellt – die Zukunft gehöre kleinen Spartengewerkschaften, hieß es. Und eine namhafte Tageszeitung prophezeite ver.di in der sechsten von 16 Streikwochen im Länderbereich wörtlich: „Die größte Niederlage in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte“. Es ist dann anders gekommen. Sie haben unsere Kraft und Entschlossenheit unterschätzt.

## Was war der größte Erfolg?

Die Erfolgsbilanz von ver.di hat viele Facetten. Dass es uns als Gewerkschaft der Erzieherinnen und Pflegekräfte gelungen ist, die Aufwertung der sozialen Berufe voranzubringen, gehört ebenso dazu wie Meilensteine qualitativer Tarifpolitik zur Gestaltung des digitalen Umbruchs. Und dass es gelungen ist, mit dem gesetzlichen Mindestlohn und unserer Rentenkampagne, Kontrapunkte gegen die Entsicherung der Arbeit zu setzen. Die Menschen wollen nicht in einem Land leben, wo Arbeit arm macht und die Rente nach jahrzehntelanger Arbeit nicht reicht, um anständig über

die Runden zu kommen und in Würde altern zu können. Darauf können wir aufbauen.

## Welche Herausforderung müssen die Gewerkschaften heute am dringendsten anpacken?

Da gibt es klare Prioritäten. Und die lauten: die Tarifbindung stärken, für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik sorgen, staatliche Handlungsfähigkeit für mehr Investitionen in gesellschaftliche Bedarfssphären sichern. Es gilt, den digitalen Umbruch im Interesse der Arbeitnehmer zu gestalten und dafür zu sorgen, dass dem menschenbedrohenden Klimawandel entschlossener begegnet wird.

## Wie können Gewerkschaften die Digitalisierung formen?

Nicht die Digitalisierung an sich ist das Problem, sondern das, was wir Menschen daraus machen. Es gilt, die Möglichkeiten zu Souveränitätsgewinnen für die arbeitenden Menschen zu erschließen und Risiken wie technologisch bedingter Arbeitslosigkeit, digitaler Prekarisierung und der Transparenz und Kontrolle mit Daten als Herrschaftsinstrument zu begegnen. Tarifverträge – zum Beispiel zu mobilem Arbeiten, zu Arbeitszeitverkürzung, zu Qualifizierung und Weiterbildung – sind wirksame Instrumente dazu.

## Du bist Parteimitglied der Grünen.

### Was kann man von der Partei im Bereich Arbeit und Soziales erwarten?

Politik ökologisch und zugleich sozial auszurichten, dafür stehen derzeit die Grünen. Und das ist gut so.

## Warum bist Du damals zur Gewerkschaft gegangen?

Ich bin Arbeiterkind. Mein Vater stand bei VW am Band und war überzeugter Gewerkschafter und Sozialist. Meine Mutter war Krankenschwester und, na klar, in der Gewerkschaft. In diesem Geist bin ich erzogen worden: Gemeinsam können wir als ArbeitnehmerInnen mehr erreichen als jede und jeder für sich allein. Als ich meinen ersten Ferienjob angenommen habe, war es für mich selbstverständlich, in die Gewerkschaft einzutreten.



**FRANK BSIRSKÉ,**

67, ist seit 2001 ver.di-Vorsitzender – seit der Gründung der Gewerkschaft – und damit derzeit dienstältester Gewerkschaftsvorsitzender in Deutschland. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September in Leipzig tritt er nicht zur Wiederwahl an.

## Wer waren Deine gewerkschaftlichen Vorbilder?

Zwei Menschen, die ich früh in meiner Gewerkschaftsarbeit kennengelernt habe: Ein ÖTV-Sekretär und ein Personalratsvorsitzender aus Hannover. Beide haben engagiert, nahbar und sinnstiftend als Gewerkschafter gearbeitet. Das hat mich schwer beeindruckt und war für mich immer Credo.

## Welche Rolle spielen Gewerkschaften heute für die Gesellschaft?

Als Selbsthilfeorganisation der arbeitenden Menschen, als Tarifkartell, um die Konkurrenz untereinander zu überwinden und als politische Organisation, die im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einfluss auf staatliches Handeln, auf politische Parteien und die Öffentlichkeit nehmen, bleiben sie unverzichtbar.

## Wie siehst Du die Zukunft des DGB?

Der DGB, das ist der Bund der Gewerkschaften. Wir brauchen ihn. Auch in Zukunft.

## ZUKUNFTSGERECHT

Der 5. ver.di-Bundeskongress findet vom 22. bis 28. September 2019 in Leipzig statt. Unter dem Motto „Zukunftsgerecht“ diskutieren die rund 1000 Delegierten 1152 Anträge. Im Fokus steht die zukunftsgerechte Gestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft – und wie ver.di sich in einer zunehmend digitalisierten und globalisierten Arbeits- und Lebenswelt verortet.

Die Delegierten wählen ebenfalls eine neue Gewerkschafts-Spitze: Der Gewerkschaftsrat hat im November 2018 Frank Werneke als neuen ver.di-Vorsitzenden nominiert. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Andrea Kocsis und Christine Behle vorgeschlagen. Alle drei gehören heute bereits dem ver.di Bundesvorstand an.

[www.verdi.de/bundeskongress](http://www.verdi.de/bundeskongress)

## STRESS DURCH STÖRUNG

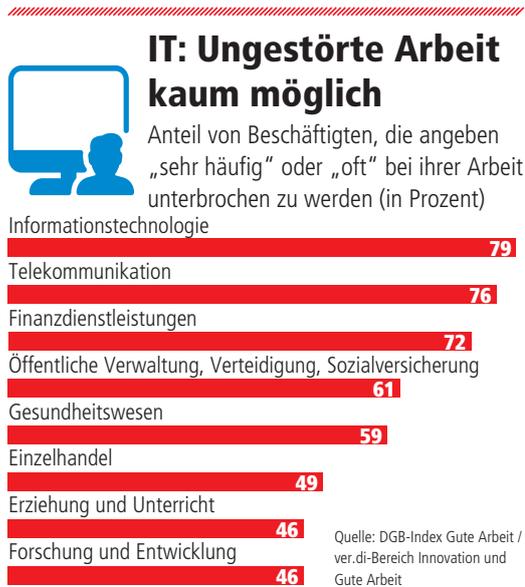
Jeder kennt es: Gerade setzt man an, um einen Arbeitsprozess zu erledigen, da klingelt das Telefon und ein Kunde, Kollege oder der Chef braucht dringend eine Info – und zwar sofort. Eine Studie von ver.di auf Basis des DGB-Index Gute Arbeit zeigt, dass Störungen in vielen Dienstleistungsbranchen zum Alltag gehören. Jede/r Zweite klagt, „sehr häufig“ oder „oft“ bei der Arbeit unterbrochen zu werden. Dabei geht es nicht

nur um fordernde Kunden und Kollegen, sondern auch um Stress durch Technik – also Systemabstürze, Update und Ladezeiten, wie in den 1990er Jahren.

Die Folgen sind gewaltiger Stress, Arbeits-hetze sowie zunehmende psychische Belastungen und ein Rückgang qualitätsvoller Arbeit. Wo die Arbeitsbedingungen insgesamt schlecht sind, werden die Beschäftigten fast doppelt so oft gestört wie bei insgesamt guten Arbeitsbedingungen. „Die Belastungsspirale im Dienstleistungssektor ist ein wesentlicher Grund für die steigende Zahl von Stresskranken“, erklärt ver.di-Vize Frank Werneke.

Die Störungsquellen sind vielfältig. Sie reichen von einer Überhäufung der Beschäftigten durch Zusatzaufgaben, ständige technische Probleme, falsche Zusammensetzungen in Großraumbüros bis hin zu Vorgesetzten, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Besonders Beschäftigte in der Informationstechnologie, der Telekommunikation, den Finanzdienstleistungen und der öffentlichen Verwaltung werden häufig unterbrochen.

„Kluge Unternehmen beteiligen die Beschäftigten an der Arbeitsgestaltung. Die kennen die Probleme doch am besten“, so Werneke. Er fordert ein angemessenes Arbeitstempo und Zeitpuffer im Arbeitsablauf, um Hektik zu vermeiden.



**Im Informations- und Telekommunikationsbereich ist ungestörte Arbeit für die Mehrheit der Beschäftigten nicht möglich.**



### Ticker

#### IG Metall zur Konjunktur im Maschinenbau



Die IG Metall warnt davor, die Situation in der Maschinenbaubranche generell schlecht zu reden. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, betonte: „Die Aufträge sind insgesamt gegenüber den vergangenen Jahren zwar zurückgegangen, die Umsätze liegen aber seit 2012 höher als vor der Finanzkrise.“ Umso wichtiger sei, dass der Staat in die Infrastruktur sowie in den Ausbau der regenerativen Energien investiere.  
[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

#### Handel: mehr Tarifbindung



Als ein drängendes Problem sieht ver.di die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen im Handel. Die Arbeitgeber seien in der Pflicht, den Vernichtungswettbewerb im Einzelhandel nicht rücksichtslos über die Lohnkosten auszutragen. „Auch die Politik muss das Thema mit größerer Entschiedenheit angehen“, forderte ver.di-Vorstand Stefanie Nutzenberger.

#### Keine Tränen für Deliveroo



Der Essenslieferdienst Deliveroo hat sein Geschäft in Deutschland eingestellt. Der NGG-Vorsitzende Guido Zeitler sagte dazu: „Wir weinen dem Unternehmen und seinen Geschäftspraktiken, die komplett auf Scheinselbstständigkeit basieren, keine Träne nach.“ Er fordert die Politik auf, derartige Geschäftspraktiken, die das unternehmerische Risiko auf die FahrerInnen verlagern, zu verbieten.  
[www.ngg.net](http://www.ngg.net)

#### Keine Angst vor der Digitalisierung



„Die Beschäftigten in unseren Industrien haben keine Angst vor der Digitalisierung – im Gegenteil: Sie wollen sie aktiv mitgestalten“, sagte IG BCE-Vorstand Francesco Grioli. Eine IG BCE-Studie zeigt: 71 Prozent der Befragten trauen sich, mit der Digitalisierung auch in Zukunft Schritt halten zu können. 54 Prozent sind offen für Veränderungen am Arbeitsplatz, 64 Prozent haben keine Sorge um ihren Job.



### Telegramm

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will **Familien von Pflegebedürftigen entlasten**: Künftig sollen Angehörige erst ab einem Jahresbrutto von 100 000 Euro einen Beitrag zu den Pflegekosten leisten.

Der DGB begrüßt die Initiative der Bundesregierung. Dieses Gesetz sei ein wichtiger Schritt gegen die hohe Dunkelziffer derer, die dringend benötigte und ihnen zustehende Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen, weil sie einen Rückgriff auf die Einkünfte ihrer Kinder oder Eltern befürchten, so DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.  
[www.dgb.de/-/ZhY](http://www.dgb.de/-/ZhY)

Der DGB begrüßt das „**Arbeit-von-morgen-Gesetz**“ von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Um in künftigen Krisen Beschäftigte besser vor Arbeitslosigkeit zu schützen, soll das Kurzarbeitergeld vereinfacht und Weiterbildung gefördert werden. „Die Maschen der sozialen Sicherung müssen so gestrickt werden, dass alle vom Strukturwandel Betroffenen aufgefangen werden können“, sagte Annelie Buntenbach.  
[www.dgb.de/-/Zhp](http://www.dgb.de/-/Zhp)

**Geringe Beteiligung an Weiterbildungskursen** von Menschen in Routinejobs: Beschäftigte mit Tätigkeiten, die zu einem großen Teil durch moderne Technologien ersetzt werden könnten, nehmen seltener an beruflicher Weiterbildung teil als ArbeitnehmerInnen, deren Risiko geringer ist, durch Computer ersetzt zu werden. Das geht aus einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Gerade mal 27 Prozent der Beschäftigten mit vielen Routinearbeiten haben innerhalb eines Jahres einen Weiterbildungskurs besucht.  
[www.unionize.de/-/ZEL](http://www.unionize.de/-/ZEL)



**Reden wir über...**  
DER ZUKUNFTSDIALOG

Zur ersten Sommerwerkstatt des DGB-Zukunftsdialogs kamen rund 100 Ehren- und Hauptamtliche des DGB aus ganz Deutschland nach Hattingen (NRW). Auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und DGB-Vize Elke Hannack waren zu Gast. Im Fokus: Erfahrungsaustausch über die ersten Monate Zukunftsdialog.



# Digitale Arbeit: solidarisch und gemeinsam

Arbeit dient dem Geldverdienen – und ist doch so viel mehr. Die digitale Arbeit wird jedoch oft unter rein finanziellen Aspekten betrachtet: wie geht es effizienter und messbarer? Die Ökonomin und Philosophin Lisa Herzog schreibt, auf welche Dimensionen der Arbeit es auch im digitalen Zeitalter ankommt.

**A**rbeit ist nicht gleich Arbeit – man kann sie unter grundsätzlich verschiedenen Gesichtspunkten betrachten. Das spiegelt sich auch in zwei Sprichwörtern wider: „Man lebt nicht um zu arbeiten, man arbeitet, um zu leben“ – SoziologInnen nennen dies die instrumentelle Dimension von Arbeit. „Instrumentell“ meint, dass Arbeit ein Mittel dafür ist, Aufgaben möglichst effizient zu erledigen, um Geld zu verdienen. Das Sprichwort „Arbeit ist das halbe Leben“ drückt hingegen die expressive Dimension der Arbeit aus. „Expressiv“ meint, dass Arbeit – die ja immerhin einen großen Teil unserer wachen Zeit beansprucht – auch einen Wert an sich hat.

Gute Arbeit im instrumentellen Sinn meint: gut bezahlte Arbeit; gute Arbeit im expressiven Sinn meint: seinen Interessen folgen und seine Fähigkeiten entwickeln können, positive Formen von Gemeinschaft erleben, den Sinn der eigenen Arbeit zu sehen und soziale Anerkennung dafür zu erhalten.

Die digitale Transformation, die derzeit die Arbeitswelt verändert, kann man ebenfalls unter diesen beiden Gesichtspunkten betrachten: Wo kann sie Arbeit besser im Sinne von effizienter machen, wo kann sie die Qualität von Arbeit erhöhen? Doch in einem kapitalistischen System besteht die Gefahr, dass erstere Perspektive dominiert, und dass die Produktivitätszugewinne in hohem Maß der Kapitaleseite zugutekommen.

ArbeitnehmervertreterInnen müssen für beides kämpfen. Einerseits muss es um die faire Verteilung des größeren „Kuchens“ gehen, der durch den Einsatz digitaler Technologien gebacken werden kann. Das kann sich in Lohnerhöhungen oder aber in Arbeitszeitverkürzungen (mit Lohnausgleich) niederschlagen. Andererseits muss es darum gehen, die Qualität von Arbeit nicht aus dem Blick zu verlieren. Denn diejenigen, die in IT- oder Strategieabteilungen über die Einführung neuer digitaler Methoden entscheiden, sind oft nicht diejenigen, die dann konkret erleben, wie sich die Arbeit verändert.

Gegen Argumente zur Qualität der Arbeit wird manchmal der Einwand vorgebracht, dass „gute Arbeit“ für jedes Individuum etwas anderes bedeute; wir leben schließlich in pluralistischen Gesellschaften! Wie kann man kollektiv für etwas kämpfen wollen, das so individuell ist wie „gute Arbeit“? Doch gerade der digitale Wandel zeigt, dass es durchaus Dimensionen von Arbeit gibt, die man mit

einem sehr hohen Allgemeinheitsgrad als besser oder schlechter betrachten kann. Besonders klar sind oft die negativen Szenarien, die es zu verhindern gilt. Anhand der oben genannten vier Dimensionen lassen sich vier Fragen nach der Gestaltung der Arbeitswelt, über die finanziellen Verteilungsfragen hinaus, stellen.

Erhalten Individuen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu entwickeln? Wenn bestimmte Aufgaben durch Roboter oder Algorithmen unterstützt werden und damit weniger herausfordernder werden, gibt es dann an anderen Stellen Ausgleich? Wie werden Weiterbildungsmöglichkeiten und Jobrotation gestaltet? Das Potential der Digitalisierung ist, dass gerade Routineaufgaben automatisiert werden können und Menschen sich auf genuin menschliche Fähigkeiten konzentrieren können.

Wird das Miteinander am Arbeitsplatz positiv gestaltet? Hier drohen einige Gefahren, z.B. durch permanente digitale Überwachung, die Einführung von Formen kompetitiver Leistungsmessungen, die Gift für die Teamatmosphäre sind, oder gar die vollständige Reduktion auf Telearbeit, so dass es „Kollegenschaft“ überhaupt nicht mehr gibt. Hier gibt es auch viel politischen Regelungsbedarf, was die Rechte von Arbeitnehmer\*innen, z.B. die Privatsphäre am Arbeitsplatz, angeht.

Niemand möchte blind Indikatoren optimieren oder Listen abarbeiten, die am Sinn der Arbeit vorbeigehen. Durch die scheinbare digitale Messbarkeit von Arbeit drohen solche Verzerrungen in vielen Bereichen – eine „Tyrannei der Metriken“, wie der amerikanische Historiker Jerry Muller dies nennt. Um den Sinn von Arbeit nicht aus den Augen zu verlieren, müssen diejenigen, die sie erledigen, mitreden können, ebenso wie diejenigen, die von ihr betroffen sind, beispielsweise PatientInnen oder KundInnen.

Schon heute erfahren viele Formen von Arbeit viel zu wenig gesellschaftliche Wertschätzung. Eine Gesellschaft im digitalen Wandel darf nie vergessen, dass die moderne Arbeitswelt aus geteilter Arbeit besteht: was die einen tun, ist nur sinnvoll, weil andere anderes tun, von der Vorstandsetage bis hin zu ungelerten Tätigkeiten. Der digitale Wandel braucht Solidarität und das Bewusstsein, dass wir ihn als Gesellschaft gemeinsam gestalten müssen.



**PROF. DR. LISA HERZOG,**

Jahrgang 1983, ist seit 2016 Professorin für Politische Philosophie und Theorie an der Hochschule für Politik/TU München. 2017/18 war sie Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Ihre Forschung bewegt sich an der Schnittstelle von politischer Philosophie und Ökonomie.

Ihr Buch „Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf“ ist 2019 erschienen.

## DIE RETTUNG DER ARBEIT

Wer gehört zu den Verlierern, wer zu den Gewinnern, wenn die Algorithmen die Arbeitswelt übernehmen? Dieser Frage widmet sich die Autorin Lisa Herzog in „Die Rettung der Arbeit“. Denn während das (Arbeits-)Leben für einige bequemer wird durch die digitale Transformation, werden andere ohne Arbeit dastehen oder überwacht und getaktet von Apps vor sich hinhetzen. So könnte die Zukunft der Arbeit aussehen, wenn die Politik nicht gegensteuert, so Herzog. Sie kritisiert, dass Arbeit – gerade im digitalen Zeitalter – viel zu individualistisch betrachtet wird. Dem stellt die Autorin die soziale Dimension der Arbeit entgegen und beleuchtet die Herausforderungen und Möglichkeiten einer solidarischen Arbeitswelt – auch und gerade im Digitalen.

*Lisa Herzog: Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf, Hanser-Verlag 2019, 224 Seiten, 22 Euro.*



„Morgen werde ich gehängt,  
schafft die Einheit!“



Mit diesen Worten forderte der Gewerkschafter und SPD-Politiker Wilhelm Leuschner am 28. September 1944 die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Einen Tag später wurde er von den Nazis in Berlin-Plötzensee hingerichtet.  
[www.dgb.de/-/4Fm](http://www.dgb.de/-/4Fm)



## Das steht an ...

### 1. September

Zum 80. Mal jährt sich der Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939. DGB und Gewerkschaften gedenken jedes Jahr am **Antikriegstag** den Opfern von Nazi-Diktatur und Weltkrieg. Auch 2019 finden bundesweit Veranstaltungen statt.  
[www.dgb.de/-/ZDZ](http://www.dgb.de/-/ZDZ)

### 1. September

**Landtagswahlen** in Brandenburg und Sachsen. Die einblick-Wahlgrafiken gibt es am 2. September unter  
[www.dgb.de/einblick](http://www.dgb.de/einblick)

### 10. September

Der DGB lädt zu einer **Konferenz** mit dem Titel „Nationale Industriestrategie 2030. Wie viel Staat braucht der deutsche Industriestandort?“ ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft diskutieren unter anderem über die Rolle des Staates und über Schlüssel- und Basistechnologien in der Industrie.  
[www.dgb.de/-/Z5Z](http://www.dgb.de/-/Z5Z)

### 22. – 28. September

ver.di lädt zum **5. Bundeskongress** nach Leipzig ein. Unter dem Motto „Zukunftsgerecht“ werden die Delegierten den Kurs für die nächsten Jahre debattieren und festlegen. Zudem wird ein neuer Vorstand gewählt. Der bisherige Vorsitzende Frank Bsirske tritt aus Altersgründen nicht wieder zur Wahl an. Für den Vorsitz kandidiert Frank Werneke.  
[www.verdi.de](http://www.verdi.de)



## Personalia

### MARLIS TEPE,

65, Vorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), ist von den Delegierten des 8. Weltkongress der Bildungsinternationale (BI) in Bangkok erneut zur Vizepräsidentin gewählt worden. BI ist eine transnationale Gewerkschaftsföderation und vereint rund 400 Bildungsgewerkschaften aus über 170 Ländern mit 33 Millionen Mitgliedern. Im Vorstand ist Tepe die Stimme der europäischen Bildungsgewerkschaften.



## Tipp

### DISKUSSION: DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN 1989/90



#### Die ÖTV demonstrierte 1990 für eine Angleichung der Löhne in Ost und West.

Die Rolle der Gewerkschaften in den Wendejahren 1989/1990 findet selten Beachtung. Durch ihren Einsatz haben sie an vielen Stellen den Beschäftigten in Ostdeutschland eine Stimme im Transformationsprozess gegeben. Um diese vielschichtigen Prozesse zu analysieren, lädt die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft zu einer Diskussion mit Zeitzeugen am 26. September nach Berlin ein. Drei GewerkschafterInnen aus Ost und West werden im Berliner IG BCE-Gewerkschaftshaus über ihre Erfahrungen aus dieser ereignisreichen Zeit im Rahmen einer öffentlichen Diskussion berichten. Mit dabei sind die Historikerin und Bürgerrechtlerin Renate Hürtgen, das ehemalige IG Metall-Vorstandsmitglied Joachim Töppel sowie der jetzige Bundestagsabgeordnete Ulrich Freese (SPD/IG BCE). Der Titel der Veranstaltung lautet „Die deutschen Gewerkschaften 1989/90“. [www.sassenbach-gesellschaft.de](http://www.sassenbach-gesellschaft.de)



## hassmelden.de: FÜR MEHR TOLERANZ IM NETZ

Kaum ein Video, Foto oder Tweet bleibt im Netz ohne hässliche oder beleidigende Kommentare. Noch gravierender sind Beiträge, die rassistisch, antisemitisch, nationalistisch oder gewaltverherrlichend sind und klar gegen Gesetze verstoßen. Auf der Webseite *hassmelden.de* können InternetnutzerInnen diese Art von Inhalten seit mehr als fünf Monaten melden und dafür sorgen, dass die Täter rechtlich belangt werden. Dahinter steckt die digitale Bürgerrechtsbewegung Reconquista Internet.

Mit einer neuen kostenlosen App für iOS-Geräte sollen Menschen nun auch von ihrem Smartphone aus Hass und Hetze melden können. Die Initiative will mit Plattform und App für mehr Demokratie und Toleranz im Internet kämpfen. Im ersten Quartal 2019 wurden mehr als 4000 Meldungen abgegeben. Zehn Prozent waren strafrechtlich relevant.

Gemeldet wurden Hasskommentare, rassistische Übergriffe, Beleidigungen oder Drohungen aus den sozialen Netzwerken und von Webseiten. Auch weiterhin werden Meldungen, deren Inhalte vermutlich strafrechtlich relevant sind, direkt an die Ermittlungsbehörden weitergegeben und juristisch verfolgt. So werden Straftäter für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen, und die Hinweisgeber sind jederzeit sicher und anonym.

<https://hassmelden.de>

## US-NAVY: ZURÜCK ZUR ANALOGEN TECHNIK

Die US Navy wird in den kommenden zwei Jahren alle Touchscreen-Bildschirme auf ihren Schiffen austauschen und wieder durch analoge Steuerhebel ersetzen. Der Grund: 2017 war der Zerstörer John S. McCain mit einem großen Tanker kollidiert. 10 Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. Eine Untersuchung ergab, dass unter anderem „das Design der Touchscreens zur Kontrolle von Steuerung und Antrieb der John S. McCain die Wahrscheinlichkeit für Bedienfehler erhöht und zu der Kollision geführt hat“. Digital ist offenbar nicht immer der richtige Weg.



**Digitale Tipps und Trends für GewerkschafterInnen – kostenlosen Newsletter abonnieren**

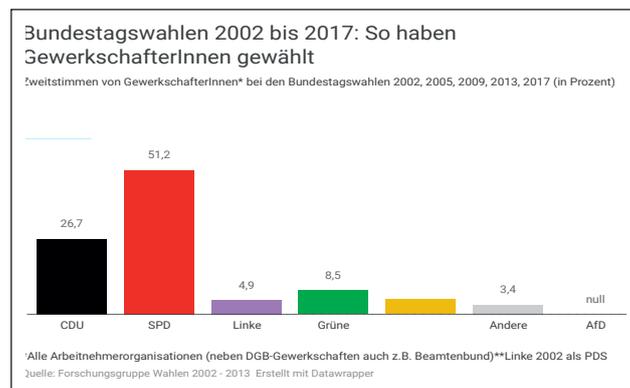
<https://www.unionize.de/newsletter>

## STATISTIKKURS UND DATENTOOLS

**Zahlen und Statistiken schaffen Realitäten. Doch was ist eigentlich der Unterschied zwischen Median und Mittelwert? Und, wie werden aus Excel-Tabellen schöne Grafiken für Präsentationen, Broschüren und Webseiten? Wir stellen einen kostenlosen Statistikkurs und ein Grafiktool vor.**

„Erkenntnispendend ist die Natur der Zahl“, wie der griechische Mathematiker Pythagoras von Samos einst gesagt haben soll. In der digitalen Arbeitswelt sind Daten und Statistiken heute mehr denn je Grundlage für Entscheidungen. Auch in der politischen Kommunikation helfen Zahlen, die Realität zu beschreiben und zu gestalten. Statistikprofis haben deshalb beste Jobchancen.

Die gute Nachricht: Auch ohne Mathematikstudium lassen sich die Grundlagen der Statistik lernen. Einen guten, kostenlosen und verständlichen Einstieg bietet hier etwa der E-Learningkurs des Statistischen Bundesamtes im Netz.



Eine Grafik, die mit DataWrapper erstellt wurde. Optisch hält das Tool viele interaktive Möglichkeiten bereit.

In neun verschiedenen Modulen erfährt der/die NutzerIn, welche statistischen Einheiten und Merkmale es gibt, was der Unterschied zwischen Median und Mittelwert ist oder wie zum Beispiel Indikatoren gebildet werden. Alle Lerneinheiten sind abwechslungsreich und mit kurzen Erklärvideos- und texten sowie Übungen aufbereitet.

Generell stellt sich die Frage: Wie bereitet man Daten und Statistiken ansehnlich auf, damit man sie in eine Power-Point-Präsentation oder Broschüre einbauen kann? Dazu gibt es diverse Tools, die hierbei hilfreich sein können. Eine Lösung bietet die Grafik-Plattform DataWrapper. Um Grafiken zu erstellen, werden die Daten im Excel-Format hochgeladen. Das Tool erkennt die verschiedenen Inhalte und bietet einen Diagrammtyp an. Die Grafik kann umfassend beschriftet und farblich aufbereitet werden. Besonders positiv: Neben klassischen Säulen- oder Kreisdiagrammen gibt es auch Karten, die verwendet werden können, um etwa regionale Lohnentwicklungen darzustellen. Die kostenlose Basisvariante eignet sich gut als Einstieg. Die Infografiken können etwa auf Internetseiten eingebaut werden. In der Bezahlvariante können druckfähige Grafiken erstellt werden.

## Fingierte Kündigungsgründe

### VERLETZUNG DES PERSÖNLICHKEITSRECHTS

Das Fingieren von Kündigungsgründen, um unliebsame Betriebsratsmitglieder zu entfernen, kann eine schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung darstellen, die Entschädigungsansprüche begründet.

Der Fall: Der Arbeitgeber, Betreiber von Senioreneinrichtungen, hatte gemeinsam mit einem Rechtsanwalt ein Strategiekonzept entwickelt, um unliebsame Betriebsratsmitglieder zu entfernen. Eingeschleuste Lockspitzel sollten die Betriebsratsmitglieder in Verruf bringen, Kündigungsgründe provozieren und erfinden. Ein als Zeuge vernommener Detektiv bestätigte den Vorwurf, man habe der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden einen Verstoß gegen das betriebliche Alkoholverbot untergeschoben, um ihre fristlose Kündigung betreiben zu können. Zur strategischen Umsetzung habe auch gehört, ihre Kollegin, die Betriebsratsvorsitzende, von zwei weiteren Detektiven zu Tätlichkeiten zu provozieren. Als diese nicht zuschlug, verletzte einer der Detektive den anderen und bezichtigte die Betriebsratsvorsitzende dieser Tätlichkeiten. Die Klage auf Entschädigung hatte Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Die strategische Vorgehensweise des Arbeitgebers und seines Rechtsberaters stellt eine schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung dar. Sie werden als Gesamtschuldner zur Zahlung einer Entschädigung von 20 000 Euro an die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende verurteilt.

Arbeitsgericht Gießen,  
Urteil vom 10. Mai 2019 – 3 Ca 433/17

### NICHT MEHR ALS 30 MINUTEN

Nach dem rheinland-pfälzischen Kindertagesstättengesetz hat ein Kind ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr einen Anspruch auf einen Platz in einem Kindergarten. Dieser Anspruch wird aber nur erfüllt, wenn die Betreuungseinrichtung vom Wohnsitz des Kindes aus in vertretbarer Zeit auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann. Die zeitliche Obergrenze ist bei 30 Minuten anzusetzen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,  
Beschluss vom 15. Juli 2019 – 7 B 10851/19

### JOBCENTER ZAHLT SCHULBÜCHER

Die Kosten für Schulbücher sind vom Jobcenter als Härtefall-Mehrbedarf zu übernehmen, wenn Schüler mangels Lernmittelfreiheit ihre Schulbücher selbst kaufen müssen.

Bundessozialgericht, Urteil vom 8. Mai 2019 –  
B 14 AS 6/18 R und B 14 AS 13/18 R

## Unfallversicherung

### SPAZIEREN OHNE VERSICHERUNGSSCHUTZ

Der Spaziergang eines Beschäftigten während einer Arbeitspause steht nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Fall: Der versicherte Arbeitnehmer konnte als Fondsmanager seine Arbeitszeiten weitgehend frei bestimmen. Als er mittags das Firmengebäude für einen Spaziergang verließ, stolperte er über eine Steinplatte und verletzte sich an Handgelenken und Knie. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Der Versicherte hat keinen Anspruch auf Feststellung des Unfalls als Arbeitsunfall. Zu den privatnützigen Verrichtungen gehören prinzipiell alle Tätigkeiten, die jeder Mensch unabhängig von versicherter Tätigkeit ausübt, wie etwa schlafen, joggen, fernsehen, einkaufen, essen, trinken, rauchen oder Verrichtung der Notdurft. Sie sind auch dann unversichert, wenn sie in den räumlichen Grenzen des Betriebes vorgenommen werden oder sich an einer Betriebseinrichtung ereignen. Ein Spaziergang in der Arbeitspause ist grundsätzlich dem privaten und damit unversicherten Lebensbereich zuzuordnen.

Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 14. Juni 2019 – L 9 U 208/17

### KEINE HALBEN URLAUBSTAGE

Nach dem Bundesurlaubsgesetz besteht kein Rechtsanspruch auf halbe Urlaubstage oder sonstige Bruchteile von Urlaubstagen. Das Gesetz schreibt vor, dass der Urlaub zusammenhängend zu gewähren ist. Eine Ausnahme hiervon können dringende betriebliche oder in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe sein.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,  
Urteil vom 6. März 2019 – 4 Sa 73/18

### MITBESTIMMUNG BEI EXCEL

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat der Betriebsrat mitzubestimmen bei der Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen. Das Mitbestimmungsrecht gilt auch, wenn der Arbeitgeber das Tabellenkalkulationsprogramm Excel zur Erfassung von Anwesenheitsdaten der Mitarbeiter verwenden will.

Bundesarbeitsgericht,  
Beschluss vom 23. Oktober 2018 – 1 ABN 36/18